

Amts- und Anzeigebblatt

für den Amtsgerichtsbezirk Eibenstock und dessen Umgebung

Bezugspreis vierteljährlich M. 1.50 einschließlich des „Anstr. Unterhaltungsblatts“ und der humoristischen Beilage „Seifenblasen“ in der Expedition, bei unseren Boten sowie bei allen Reichspostanstalten.

Tel.-Adr.: Amtsblatt.

Tageblatt für Eibenstock, Carlsfeld, Hundshübel, Neuheide, Oberstüchengrün, Schönheide, Schönheiderhammer, Sofa, Unterstüchengrün, Wildenthal usw.

Erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage für den folgenden Tag. Anzeigenpreis: die kleinpaltige Zeile 12 Pfennige. Im amtlichen Teile die gespaltene Zeile 30 Pfennige.

Sernsprecher Nr. 210.

Drucker und Verleger: Emil Hannebohn, verantwortl. Redakteur: Ernst Lindemann, beide Eibenstock.

60. Jahrgang.

Nr. 225.

Sonnabend, den 27. September

1913.

Im Handelsregister ist heute eingetragen worden auf Blatt 53, Landbezirk, Firma **Carl Edler von Querfurth** in **Schönheiderhammer** und auf Blatt 254, Landbezirk,

Firma **Spezial-Rostab-Sicherer Schönheiderhammer Carl Edler von Querfurth** in **Schönheiderhammer**:

Der Bergtrat Hans Edler von Querfurth ist ausgeschieden, der Ingenieur Andreas Hugo Horst Edler von Querfurth in **Schönheiderhammer** ist in die Gesellschaft eingetreten.

Eibenstock, den 25. September 1913.

Königliches Amtsgericht.

Im Musterregister ist eingetragen worden:

Nr. 486, Firma **C. G. Tuchscherer** in **Schönheide**, zwei versegelte Pakete, enthaltend 92 Stück Muster von gefärbten Fäden, Serie XXXXXIII, Fabriknummern:

3396, 3397, 3398, 3399, 3400, 3401, 3402, 3402 $\frac{1}{2}$, 3403, 3404, 3405, 3406, 3507, 3408, 3409, 3410, 3411, 3412, 3413, 3414, 3415, 3416, 3417, 3418, 3419, 3420, 3421, 3422, 3423, 3424, 3425, 3426, 3427, 3428, 3429, 3430, 3431, 3432, 3433, 3434, 3435, 3436, 3437, 3438, 3439, 3440, 3441, 3442, 3443, 3444;

Serie XXXXXIV, Fabriknummern:

3445, 3446, 3447, 3448, 3449, 3450, 3451, 3452, 3453, 3454, 3455, 3456, 3457, 3458, 3459, 3460, 3461, 3462, 3463, 3464, 3465, 3466, 3467, 3468, 3469, 3470, 3471, 3472, 3473, 3474, 3475, 3476, 3477, 3478, 3479, 3480, 3481, 3482.

Frankreich rüstet weiter.

Die Wiedereinführung der dreijährigen Dienstzeit hat den Franzosen so viel Menschenmaterial eingebracht, daß ihr aktives Heer vom Oktober dieses Jahres ab um etwa 20 000 Mann das unsrige übertrifft. Ein Jahr später, wenn zum zweiten Male ein Mehr von 38 000 Rekruten gemäß der neuen Gesetzesvorlage bei uns eingestellt wird, steht die Parität für uns schon besser, aber zahlenmäßig sind wir mit unseren 793 000 Mann den Franzosen dann immer noch unterlegen. Wenigstens, was die Truppen unter der Fahne anbetrifft. Können die Reserven an, so ändert sich das Bild.

Zunächst: die drei Jahre bedeuten natürlich eine intensivere Ausbildung, zumal da auch die Reserveoffiziersaspiranten ihre drei Jahre „abreigen“ müssen, während sie bei uns ein einziges dienen. Also haben die Franzosen einen großen Vorsprung vor uns.

Als sie sind mit dreijähriger Dienstzeit und mit Jugendbeschäftigung noch nicht zufrieden, sie wollen nicht nur „allgemein“, sondern ganz speziell rüsten, und der Freund des Kriegsministeriums, der Senator Veeranger, bereitet das Publikum bereits darauf vor, daß große Ausgaben für die Befestigung gegen Belgien und Luxemburg bevorstehen.

Dort gähnt nämlich das berühmte „große Loch“ von 150 Kilometer Breite, während allüberall Sperrforts an Sperrforts sich schließen und gegenüber Deutschland nur an einer Stelle, in der Platte von Toul, eine kleine Lücke sich befindet, die aber nur eine Einladung an die deutschen Heere sein soll, da hineinzulaufen. Befürchtet man nun etwa einen Angriff von Belgien und Luxemburg aus? Bewahre! Aber der französische Kriegsplan basiert darauf, daß ein englisch-französisches Heer, unter Beihilfe der belgischen Neutralität, durch diesen Staat vormarschiert, um am Mittelrhein deutsche Armeen zu fesseln. Geht die Geschichte schief, dann drängen die Deutschen selbstverständlich nach, werfen das Koalitionsheer wieder über die Grenze — und da sollen eben zwei neue Sperrfortketten ihnen dort, wo jetzt die 150 Kilometer gähnen, halt gebieten.

Der Vorschlag ist aus Angst geboren. Wir können seine Durchführung mit Gelassenheit abwarten, denn noch niemals haben Festungen das Schicksal eines Krieges entschieden, sondern stets die große Feldschlacht. Interessant ist für uns an den neuen Rüstungsforderungen der Franzosen nur das Umgeständnis, das damit erfolgt. Nämlich, daß Lord Roberts, der zuerst von dem englisch-französischen Plane sprach, recht hat und daß man in der Tat beabsichtigt, uns einst direkt von Westen her anzufallen, über Romur in die deutsche Gifel vorzustoßen. Es ist gut, daß wir gewarnt sind.

Der serbisch-albanische Krieg.

Gewiß, die Ueberschrift mag im ersten Augenblick etwas gewagt erscheinen; denn mit einem, sagen wir einmal „vorschriftsmäßigen“ Kriege hat die neue Kapitalgezeit am Balkan wenig gemein. Aber trotzdem ist es ein regelrechter Krieg. Serbien und Montenegro

groß machen, wie wir schon meldeten, mobu und Effad Pascha hat seine Kriegsvorbereitungen in nicht minder umfassender Hinsicht getroffen. In den Berliner politischen Kreisen hält man gegenwärtig trotz der alarmierenden Meldungen, die von verschiedenen Seiten über die neuen Ereignisse am Balkan eingetroffen sind, an der Auffassung fest, daß die Zwischenfälle zu keinen ernstlichen Komplikationen führen werden und die zuweilen offiziös bediente „Kölnische Zeitung“ bläst ins selbe Horn:

Belin, 25. September. Der Korrespondent der „Kölnischen Zeitung“ telegraphiert seinem Blatte aus Berlin: Die Pressemeldungen über eine Note, die Serbien auch in Berlin hätte überreichen lassen, sind nach meinen Erkundigungen nicht genau. Der Vertreter Serbiens hat nicht eine Note überreicht, er hat aber mündlich auf die durch die Einfälle der Albaner in serbisches Gebiet geschaffene Schwierigkeit hingewiesen und dabei bemerkt, Serbien müsse sich geeignete Gegenmaßnahmen vorbehalten. Worin im einzelnen diese Maßnahmen bestehen werden, ist bisher nicht mitgeteilt worden. In auswärtigen Blättern soll bereits wieder der Hinweis auf Unstimmigkeiten zwischen den Großmächten in der Behandlung der albanischen Angelegenheit zu finden sein. Diese Ankündigung ist mindestens stark verflüchtigt. Die Großmächte haben bisher zu den neuen Vorgängen in Albanien noch nicht gemeinsame Stellung genommen. Es ist aber wahrscheinlich, daß, wenn sie darüber ihre Gedanken austauschen, dies von dem Boden der Londoner Beschlüsse aus geschehen wird. Der Gedanke, Serbien in den Arm zu fallen, solange es nichts tut, als die Unverletzlichkeit des ihm von den Mächten zugesicherten Gebiets zu verteidigen, kann selbstverständlich nirgends aufkommen.

Nicht unwahrscheinlich muten die serbischen Nachrichten an, die von einer gewissen Sorge um die Haltung Bulgariens durchsetzt sind. Jedenfalls vermutet Serbien, daß die Bulgaren loschlagen werden. Wenn Peter Karageorgewitsch im albanischen Feuer steht, doch von diesen Befürchtungen bis zur Wirklichkeit ist noch ein weiter Schritt. Es wird noch gemeldet:

Wien, 25. September. Die serbische Regierung hat an die Mächte eine Note gerichtet, in der sie sich darüber beschwert, daß Bulgaren die Albaner anführen.

London, 25. September. Meldungen aus Saloniki stellen die Lage in Albanien als sehr ernst dar. Effad Pascha bildet eine besondere Verwaltung und verlangt, das Kabinett solle seinen Sitz in Tirana nehmen, widrigenfalls er nach Valona gehe; und die Regierung stürzen werde.

Tagesgeschichte.

Deutschland.

— Kommission für die Rüstungslieferungen. Es ist in Aussicht genommen, die Kommission für die Rüstungslieferungen kurz vor Beginn der Reichstagsitzungen zusammentreten zu lassen. Dieser Termin ist in besonderer Berücksichtigung

des Umstandes gewählt worden, daß es den Reichstagsabgeordneten, die Mitglieder der Kommission sind und auf deren Teilnahme die Reichsverwaltung besonderen Wert legt, ermöglicht werden soll, den Sitzungen beizuwohnen, ohne dadurch während der sittingsfreien Zeit in ihren Dispositionen behindert zu sein. Dabei sei gegenüber Äußerungen in der Presse bemerkt, daß es sich bei der Kommission nicht um eine „parlamentarische Untersuchungskommission“, auch nicht um eine Kommission handelt, die den Zweck hat, neben den schwebenden gerichtlichen Verfahren eine erneute Untersuchung der Vorfälle seitens der Firma Krupp anzukündigen, sondern um eine auf Anregung des Reichstages von dem Reichskanzler frei zusammengesetzte reine Sachverständigenkommission, zu der die Mitglieder des Parlaments als Kommissionsmitglieder zugezogen werden.

— Tagung des internationalen Kongresses für Luftrecht in Frankfurt a. M. Der internationale Kongress für Luftrecht, der 1911 in Paris und 1912 in Gent getagt hat, trat am Donnerstag in Frankfurt am Main zusammen. Aus Deutschland ist der Kongress sehr zahlreich besucht. Der Kongress begrüßte im Auftrage des Reichskanzlers Geheimrat Regierungsrat Trautel und namens der Stadt Frankfurt am Main Oberbürgermeister Voigt.

— Die Erkrankung der Gattin des Königs Manuel. Nach Informationen an unterrichteter Stelle ist die Erkrankung der Prinzessin zwar nicht ernst, aber doch weniger harmlos, als der offiziöse Bericht sie darstellt. Es handelt sich nicht um Injuzanza, sondern um eine Entzündung der Befruchtungsorgane, die eine längere Bettruhe nötig macht.

Deutsche Kolonien.

— Staatssekretär Dr. Solf in Kamerun. Wie aus Victoria (Kamerun) vom 24. September gemeldet wird, bot sich dem Staatssekretär Dr. Solf gelegentlich seiner Fahrt mit der Kochbahn am 14. dieses Monats Gelegenheit zur Besichtigung vielversprechender Tabakpflanzungen u. reicher Delpalmenbestände. Vom 15. bis 23. September unternahm Dr. Solf einen Ritt über die Aboc-Gebirge nach Dschang. Hierbei wurden überraschend viele und fruchtbare Eingeborenkulturen angetroffen. Am 24. dieses Monats fuhr der Staatssekretär mit dem Dampfer „Henry Voermann“ nach Lagos. Der Gesamtbericht, welchen der Staatssekretär von Kamerun gewonnen hat, ist ein äußerst befriedigender. Allein die Delpalmen sichern die Zukunft der Schutzgebiete. Dringend erforderlich ist der sofortige Ausbau des Eisenbahnnetzes.

Oesterreich-Ungarn.

— Besserung der böhmischen Finanzen. Die landesfürstliche Verwaltungskommission hielt am Mittwoch in Prag eine Sitzung ab, in der auf Antrag des Finanzreferenten Hofrat Avelsch beschlossen wurde, die erste Rate des von der böhmischen Regierung erhaltenen Staatsdarlehens von 1 200 000 Kronen im Betrage von 200 000 Kronen am Donnerstag zurückzahlen. In politischen Kreisen schließt man daraus, daß die Eingänge aus der Erhöhung der Um-